

Fachtagung „Entgrenzter Rechtsextremismus? Internationale Perspektiven und Gegenstrategien“ der Bundeszentrale für politische Bildung in München, 09.-10.02.2015.

Abschlussdiskussion:

Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt durch Hate-Crime-Gesetze

Spätestens seit der Aufdeckung des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ wird auch in Deutschland wieder über eine explizite gesetzliche Strafverschärfung für Gewalttäter diskutiert, die aus Hass auf vermeintlich Andere handeln. Zudem streiten unterschiedliche Akteure über die behördlichen Statistiken sogenannter Hassverbrechen. Das Konzept der Hate Crimes und deren Erfassung spielt auch in der internationalen Debatte eine wichtige Rolle. Geht die Strafverschärfung durch Hass als Motiv über bloße Symbolpolitik hinaus? Wie können Polizei und Justiz befähigt werden, rechtsextremistisch motivierte Taten zu erkennen? Welche Erfahrungen haben andere Länder mit dem Hate-Crime-Konzept gemacht?

Diskutanten:

Seth Marnin, Associate Director of Legal Affairs, Anti-Defamation League, New York, USA

Joanna Perry, Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Warschau, Polen

Gül Pinar, Rechtsanwältin, Mitglied im Strafrechtsausschuss des Deutschen Anwaltvereins, Hamburg

Robert Kusche, Geschäftsführer der sächsischen Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt der RAA Sachsen e. V.

Moderation:

Tim Aßmann, Bayerischer Rundfunk, München

Tim Aßmann: Herzlich willkommen meine Damen und Herren. Schön, dass sie alle da sind zur letzten Diskussionsrunde hier im Rahmen der Veranstaltung. Ich darf sie alle ganz herzlich begrüßen und ich darf auch die vier Diskutanten begrüßen. Wir werden in den nächsten anderthalb Stunden reden über Hate-Crime, über Straftaten also die aus fremdenfeindlicher, rassistischer Motivation heraus begangen werden und wie man diesen begegnen kann und wie man ihnen vielleicht auch im Rahmen einer speziellen Gesetzgebung

in Deutschland begegnen sollte, und welche Erfahrungen mit eben dieser Gesetzgebung woanders gemacht wurden. Ich darf hier auf dem Podium begrüßen: Joanna Perry. Sie ist zu uns gekommen aus Warschau. Sie beschäftigt sich auch eben mit der Frage, welchen Einfluss schärfere Gesetze auf die Strafverfolgung haben können. Joanna Perry arbeitet für das Institut oder das Büro für demokratische Institution und Menschenrechte bei der OSZE, herzlich willkommen. Dann ist auch zu uns gekommen aus Hamburg, eigentlich, aber heute nur ein paar Meter vom Gerichtssaal oder NSU-Prozess verhandelt wird. Frau Gül Pinar, herzlich willkommen. Frau Pinar ist auch da in ihrer Funktion als Mitglied im Strafrechtsausschuss des deutschen Anwaltsvereins. Sie ist Strafverteidigerin und vertritt im NSU-Prozess die Schwester eines oder eine Schwester eines der Mordopfer, Frau Pinar, schön dass sie da sind. Ganz außen mit dem weitesten Weg ist Seth Marnin aus New York zu uns gekommen, herzlich willkommen. Herr Marnin ist juristischer Vizedirektor der Anti-Defamation League in New York und wir erhoffen uns Erfahrungen zu hören, darüber, wie die Hate-Crime-Gesetzgebung in den USA funktioniert, willkommen. Und, ganz außen Robert Kusche aus Sachsen gekommen, von der Opferberatungsstelle für rechte und rassistische Gewalt und natürlich jemand, der uns vielleicht etwas darüber erzählen kann, was Hate-Crimes in der Praxis sind, wie Menschen darunter leiden und wie eben auch die Strafverfolgungsbehörden damit umgehen und welche Schlüsse man vielleicht daraus ziehen kann und ziehen sollte. Und ich möchte auch gleich mit ihnen anfangen, Herr Kusche, und so ein bisschen die Begriffsdefinition klären. Zum einen, was ist ein Hate-Crime, wie erlebt man das im Alltag, vielleicht können sie da kurz auch ein Beispiel geben und was passiert dann manchmal eben auch auf Seiten der Strafverfolgungsbehörden. Also, wie wird damit umgegangen und welche Folgen hat es denn eben auch für die Opfer.

Robert Kusche: Herzlichen Dank für die Einladung erstmal noch. Vielleicht muss man damit noch mal kurz anfangen, wir haben uns ja jetzt anderthalb Tage mit dem Themenfeld beschäftigt, noch mal die Perspektive ein Stück weit zu verändern, nämlich auf die Betroffenenperspektive zu gucken, weil die meisten Menschen die Opfer einer rechten Straftat werden oder eines Hate-Crimes, die würden sich nicht unbedingt anderthalb Tage hier freiwillig hinsetzen und über rechte Ideologien und all sowas zu reden. Und das mache ich vielleicht mal gleich an einem Beispiel deutlich: Ein Arzt, der bei uns in der Beratung ist, der kommt aus Syrien, der arbeitet im Herzzentrum und der ist nach der Schicht auf dem nach Hause weg in der Bahn zunächst rassistisch beleidigt worden. Er dachte, er kann dieser Situation auch aus dem Weg gehen, indem er andere Leute anspricht, indem er sich wegduckt,

wegguckt und dann dachte, okay, ich steige einfach an der nächsten Station aus und rette mich aus dieser Situation raus. Das hat in dem Fall nicht geklappt, weil die drei jungen Männer ihm hinterhergestiegen sind und ihn tatsächlich schwer zusammengeschlagen haben. Und das ist vielleicht schon die erste Ebene von „was ist eigentlich Hate-Crime“. Das passiert auf, sozusagen, auf der individuellen Ebene. Also es ist ein Angriff gegen eine Person. Meistens kennen sich Opfer und Täter nicht. Sie haben keine persönliche Beziehung zu einander und es passiert ganz oft im öffentlichen Raum. Auf der zweiten Ebene wiederum und das wurde in dem Fall auch deutlich, als er bei uns in der Beratung war, weil seine Familienangehörigen auch mit bei uns waren, wurde deutlich, dass die Betroffenen natürlich sofort wahrnehmen, dass er nicht angegriffen wurde, weil er jetzt ein Arzt ist, sondern, weil er halt ein, zu einer sichtbaren Minderheit in Deutschland gehört. Und damit wurde auch klar, dass er als Person eigentlich austauschbar ist, weil das sind entindividualisierte Straftaten ein Stück weit. Es ist klar, dass es für alle anderen Leute klar ist. Wir nennen das auch immer ein Botschaftsverbrechen. Also, es hat eine Botschaft an die gesamte Community und ich glaube, das würde jetzt auch, weil wir auch gerade in München sind und weil ja auch gerade aktuell die Keupstraße verhandelt wird, also der, das Nagelbombenattentat in Köln. Für die Leute, die dort leben, ist ganz klar, dass war eine Botschaft an die Menschen, die in der Keupstraße leben. Also an die verschiedenen Minderheiten und dann gibt es natürlich eine dritte Ebene noch, sozusagen die Makroebene, und da wird klar, dass sich Hate-Crimes oder rechte Gewalt, wie wir meistens in Deutschland sagen, sich gegen die zentralen demokratischen Grundwerte richten und natürlich die allgemeinen Menschenrechte ganz offen untergraben, so. Das ist vielleicht so ganz knapp wie uns das im Alltag begegnet und vielleicht noch mal zu dem zweiten Aspekt, was hat das mit den Strafverfolgungsbehörden zu tun. Die, die hier in dem Themenfeld aktiv sind wissen ja, es gibt die sogenannten PMK-Zahlen, politisch motivierte Kriminalität. Dort wird erhoben, wie viel rassistisch rechte Straftaten in Deutschland stattfinden und was aus zwei wissenschaftlichen, also Doktorarbeiten soweit ich weiß, auch klar ist, ist, dass nur ein ganz kleiner Teil von den, die von der Polizei nämlich erhoben werden als oder einkategorisiert werden als rechte Straftat, als Hate-Crime, später vor Gericht tatsächlich auch als solches benannt wird. Also, die Zahlen sind von 10 bis 20 Prozent also 10 bis 20 Prozent von den Taten, die die Polizei selbst als Hate-Crime klassifiziert, werden später vor Gericht auch als solches benannt und das ist natürlich im Rückschluss wieder ein Problem für die Betroffenen. Also auch die gesellschaftliche Ebene und auch die Botschaftsebene, dass die Betroffenen das Gefühl haben, sie werden in ihrer Wahrnehmung nicht ernst genommen, weil so ein Gerichtsprozess natürlich auch einen großen Stellenwert

hat. Also man, da wird ja immerhin ein, ein Urteil im Namens des Volkes gesprochen und dann wird in diesem Urteil aber nicht klar herausgearbeitet, dass die Tatmotivation ein Hate-Crime oder ein rassistisches Tatmotiv war. Wir erleben ganz oft in, in Gerichten beispielsweise das dann sehr viel mehr über die Täter noch mal geredet wird, also geguckt wird, was ja auch richtig ist, zum Beispiel fand die Tat unter Alkoholeinfluss statt, ist er jetzt in einer stabilen sozialen Beziehung, hat er vielleicht eine Freundin, versucht er sich derart zu bessern. Das ist auch richtig, dass das gemacht wird. Also dass darauf geguckt wird, aber es wird ganz selten hingegen auf die Tatmotivation, auf seine oftmals auch Verstrickungen in eine rechte Szene geguckt, was er gesagt hat am Tatabend oder in der Tatzeit, was er vielleicht auch für Klamotten trägt, was ja ganz viel über die Tat aussagt und um das abzurunden sagen wir als Opferberatungsstellen ganz klar, dass eine Hate-Crime-Legislation in Deutschland durchaus sinnvoll ist. Der aktuelle Entwurf von Herrn Maas, den lehnen wir nicht grundsätzlich ab, aber finden ihn, er ist nicht ausreichend, weil er tatsächlich keinen geschlossenen Merkmalskatalog aufmacht, sondern sehr oberflächlich ist und wir glauben tatsächlich auch und das ist vielleicht noch mal ein bisschen Detail, das auch die RiStBV [Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren] geändert werden muss, sprich also die Richtlinie, die noch mal festlegt, was denn der Staatsanwalt, was die Gerichte machen müssen, damit sie auch gezwungen werden tatsächlich darauf zu gucken, das zu dokumentieren und aktiv auszuschließen, ob es nun ein Hate-Crime ist oder nicht. Und das ist glaube ich auch eine Forderung, die ganz zentral war im Bundesuntersuchungsausschuss nämlich zu sagen: okay, wir müssen, wenn es die Tatumstände ergeben, dass es möglich ist, dann müssen die Ermittlungsbehörde aktiv ausschließen, dass solch ein Hate-Crime oder solch eine rechte oder rassistische Gewalttat nicht stattgefunden hat und das kann eigentlich nur darüber passieren, dass wir die Gesetze ändern und da reicht es nicht aus, mit Bildungsangeboten an die Behörden ran zutreten, das ist in der Regel nicht ausreichend.

Tim Abmann: So, da ist das Problem beschrieben, Frau Pinar. Die Forderung ist auch schon da: nämlich eine Gesetzesänderung. Herr Kusche hat auch den Begriff Botschaftstat, Botschaftsverbrechen genutzt. Über die Tat soll ein Signal direkt an eine Gruppe gesendet werden nicht an einen Einzelnen. Es gibt das schon im Strafgesetzbuch. Das nennt das die Gesinnung, die aus der Tat spricht. Aber wir haben gerade gehört, 20 Prozent werden nur als solches bezeichnet. Da ist ja eigentlich Handlungsbedarf. Wie sieht der Deutsche Anwaltsverein das? Wie erleben Sie das auch in ihrer Praxis? Woran liegt das, dass die

Strafverfolgungsbehörden in 80 Prozent der Fälle es dann offensichtlich erstmal anders definieren?

Gül Pinar: Also ich könnte das ganz kurz fassen und sagen: in den Köpfen, Punkt. Und das würde auch mit der Gesetzesänderung nichts bringen. Davon bin ich überzeugt und Gesetzesänderung ist so allgemein verfasst und so allgemein kann ich das auch nicht stehen lassen, auch als Juristin nicht. Wir müssen die Gesetze einfach in unterschiedlicher Form sehen und bitte auch in der Diskussion unterscheiden: Hate-Crime kriminologisch gesehen ist eigentlich eine Gesetzgebung und eine Diskussion aus der Opferperspektive und wir müssen unterscheiden, was wir aus der Opferperspektive gesetzlich machen und was wir in einem Strafprozess möglicherweise mit den vermeintlichen Tätern machen und da muss auch in der strafrechtlichen Diskussion eine Unterscheidung getroffen werden. Wo ist Handlungsbedarf, wo muss was verändert werden und wo müssen wir ansetzen, damit diese Missstände mit denen, ich völlig d'accord bin, sich auch verändern. Wenn ich ganz kurz aus der Täterperspektive diskutieren kann: Unser Strafrecht gibt den Staatsanwälten, Richtern und Polizisten eigentlich alles mit auf den Weg, um diese Missstände erst gar nicht aufkommen zu lassen. Wir haben einen Paragraphen 46 im Strafgesetzbuch. Da steht, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften eben bei der Urteilsfindung die Beweggründe und die Ziele des Täters zu berücksichtigen haben, die Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, die Gesinnung, die aus der Tat spricht. Das ist natürlich allgemein verfasst, aber das ist die Struktur unserer Strafzumessungsüberlegung. Das heißt, wenn ein Gericht dazu gekommen ist zu sagen, jemand ist schuldig, dann überlegt man, ja wie viel kriegt er für das, was er gemacht hat. Dann hat ein Richter auch heute zu berücksichtigen, was für eine Gesinnung eben hinter der Tat steckt. Warum die das nicht tun, hat unterschiedliche Gründe, dazu komme ich. Deswegen sage ich, dass man unterschiedlich betrachten muss und man muss die Opfer in einem Strafprozess stärken und die Zulassung von Opfern als Opfervertreter sozusagen in ein Strafprozess bringen muss, damit bestimmte Sachen auch zur Sprache kommen können, weil es ist ja heute schon so: Wenn Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Gericht bestimmte Sachen nicht diskutieren wollen, dann diskutieren sie nicht und wenn hier drin auch zehn Beispiele stehen würden - Frauenfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit, Rassismus - wenn niemand drüber spricht, dann würde das trotzdem nicht im Urteil stehen. Und deswegen ist bei der Überlegung zu sagen, Hate-Crime in die deutsche Gesetzgebung, mitzudiskutieren, was eigentlich die Opferrechte in einem Strafprozess sind. Wir haben die Institution der Nebenklage, was im angloamerikanischen Recht ja gar nicht existiert, aber die Zulassung der

Nebenklage, also jemand zuzulassen in dem Prozess tatsächlich auch als Partei mitwirken zu können hat ja enge Grenzen. Aber amerikanische Studien belegen ja, dass Opfer von Hate-Crimes eben auch zum Teil später erst merken, was mit ihnen los gewesen ist und zweitens ganz anders wie traumatisiert worden sind und ihre seelischen Verletzungen eben ganz anders sind als wenn jemand nur wegen seiner Person, weil einem die Nase nicht gefallen hat oder die falsche Jacke an hatte oder so, verprügelt worden ist - Beispiel syrischer Arzt. So eine Person ist Studien zu Folge ganz anders verletzt und in diese Diskussion muss aufgenommen werden, dass eben, wenn das festgestellt worden ist, dass nicht die Person, sondern die Gruppe, die hinter der Person steht, als Botschaft sozusagen verletzt werden sein sollte, dass dann die Möglichkeit der Öffnung der Nebenklage beispielsweise besteht, damit man auch Menschen zwingt über bestimmte Sachen auch in einem Prozess zu diskutieren. Es steht ja im Gesetz und trotzdem tun wir das nicht. Ich bin völlig deiner Meinung, dass die RiStBV [Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren], also die Handlungsanleitung für Staatsanwälte und Polizisten, verändert werden müssen. Die müssen nach rassistischen Motivationen gucken. Dass es nicht ausreichend ist, weiß ich auch. Seit dem selbst enttarnen NSU in Deutschland sind an Polizeiakademien Kurse angeboten worden, rassistisch motivierte Kriminalität besser erkennen zu können. Allerdings sind diese freiwillig und Evaluationen haben ergeben, dass nicht mal acht Prozent von Polizeischülern dorthin gehen. Und das sind Diskussionen, die wir führen müssen, wenn es dann heißt, wie das gesellschaftlich verändert werden muss.

Tim Abmann: Okay, dann nehme ich mal mit, dass hier jetzt schon die erste Kontroverse entstanden ist. Das Problem behandeln durch Gesetzesänderungen oder aber, das fasse ich jetzt mal zusammen, angehen durch Handlungsanweisungen im Bereich der Ermittlungsbehörden und der Strafverfolgungsbehörden. Joanna, kann man sagen, dass alleine nach ihrer Erfahrung, dass alleine durch das Ändern von Gesetzen Hate-Crimes auch mit europäischen Erfahrungen effektiv bekämpft werden können?

Joanna Perry: Thank you very much. And thank you very much for inviting ODIHR to come and speak to you today, and to hear and learn a lot over the last two days. So as we can hear there is already a huge knowledge about Germany in the room, about what the issues are and about the debates, and so, really, what I am here to do is to try and give some kind of a more European perspective or even more of an OSCE/international perspective over the 57 countries that we work in. It's actually quite difficult for me to say that, "yes, if you have hate

crime laws you will be able to tackle and end hate crime". That's difficult to say that. But I can say that, certainly, hate crime laws give a framework to do two things: one of them is to recognise the specific harm that hate crimes cause and the other is to make it visible. I think we have heard that German law, you could argue, can recognise hate motive – but does it make it sufficiently visible? If you don't have the specific biased motivations that are experienced in Germany, today, made visible in the law, then that means that the framework for monitoring, for investigating, for prosecuting, and for sentencing is not there – at least in the law. We're certainly hearing about first things that can be done in terms of implementation and I personally think that, in many cases, implementation advocacy is as important as legal advocacy – meaning that you can get the laws on the books but they will just stay on the books unless we advocate for their implementation. So we have heard that hate crimes are different. There is plenty of research that shows that a victim of a hate crime – say, a racist assault – the impact on that victim, psychologically and emotionally speaking, is more serious a year later compared to, say, the average victim of what we would call a parallel crime (an assault without a racist motivation). So there is evidence to suggest that hate crimes do actually harm more. That's the individual cost of an actual hate crime. Robert has also mentioned the impact on communities. If, for example, a black man in the north of England is assaulted very seriously that means that black communities in the south of England or in other parts of the country are going to feel fear because they know that this man was targeted because of what he represents, not because of who he is as a person. Following the attacks in France recently, both Jewish and Muslim communities throughout Europe, not just in France, are feeling insecure. They are feeling that their houses, their person, and where they worship will be targeted. And in the OSCE concept we have seen how hate crimes can really cross borders. They can also escalate, for example, when you think about the evidence affecting disabled people/people with disabilities. A lot of the violence they experience can start off as small, offences that are not considered serious and can escalate into much more serious attacks. And so we have the evidence to show that they harm more and so this gives a basis for arguing that they should be recognised as such in the law. One thing that I can say – that you can see – is that the direct impact of effective hate crime legal frameworks is in the data that we get across the OSCE region. So, for example, let's take a country like the United Kingdom that has quite an established framework of hate crime laws. This framework has allowed them to take a very victim-focussed approach to monitoring hate crimes, and their definition of a hate crime is where the victim or any other person perceives a criminal offence to be motivated by racism, xenophobia, homophobia, etc. So what does that mean in terms of

the figures? What it means is that they have the highest number of recorded figures in the OSCE region by a margin of about 10,000. So last year they registered 47,000 hate crimes. Does that mean that there are more hate crimes in the United Kingdom than in any other country in the OSCE region? Probably not. What it means is that they have a legal framework to allow them to monitor them. But they also have the implementation framework – which I think is very important to talk about in Germany – which allows for monitoring the picture, the unreported crime, the crime that doesn't get to the police, as well as the crimes that the police are taught they need to register in order to make them visible. We have seen that other countries, for example Poland, and Spain in the last year, have seen a six times rise in Poland and a two times rise in Spain in recorded crimes, and both governments would say that it is not because of an actual increase in hate crimes. It's because of the implementation measures that they are taking to implement their current hate crime laws. So I think that these sorts of debates are the debates that happen around the discussion about whether there should be hate crime laws, about their implementation. These are really important to raise awareness of this issue and to make it visible – not just for us in the room, but for the wider society.

Tim Abmann: Die Sichtbarkeit von Hate-Crimes ist gerade ein Thema gewesen bei Joanna Perry. Wir haben jemanden jetzt hier auf dem Podium, der uns darüber berichten kann, wie Hate-Crime-Gesetzgebung tatsächlich effektiv funktioniert und was sie vielleicht auch bewirkt. Seth Marnin, vielleicht können Sie noch mal beschreiben, was denn der Ausgangspunkt war für die nationale landesweite Hate-Crime-Gesetzgebung in den USA. Es gab seit 2009 ein ganzes Bündel von Gesetzen auf Bundesstaatenebene und dann kam eben eine nationale Gesetzgebung. Was ist damals passiert, was war der Ausgangspunkt? Warum hielt man das für nötig und wie funktioniert das genau? Wie sieht es in der Praxis aus?

Seth Marnin: Thank you. Thank you for having me here. So, the interesting thing – and I feel like I sort of need to step back for a moment, one of the things that I am learning and hearing about since I've been here – is that I have long known that the United States government in the way that laws are passed and so forth is different, and the more conversations that I have with folks particularly about hate crime laws... I'm learning both: there are more differences but also similarities as well, and so the kinds of conversations around the impact on the community, the role of law enforcement, and so forth – there are so many similarities! But the ways in which the laws have evolved, I think, are quite different. The federal government has actually been investigating hate crimes in a variety of ways since at least World War I. But

the kinds of laws and the kinds of comprehensive laws that we're really talking about, for the federal government [they] really didn't come about until 2009 – after about 13 years of advocacy by my colleague leading a coalition of civil rights organisations and law enforcement organisations to pass a federal hate crime law that includes categories like race, sexual orientation, gender identity, national origin, disability, and so forth. And it's named for Matthew Shepard and James Byrd Junior; it's the Matthew Shepard and James Byrd Junior Hate Crimes Prevention Act of 2009. Those are two individuals – many of you may be very familiar with their stories. Matthew Shepard was a young gay man in Wyoming who was targeted. He was at a bar, lured from the bar by two men, brought out into a distant area, beaten severely, tied to a fence and left there to die. James Byrd Junior was a man in Texas, an African-American man in Texas, who some very bad people took and beat and dragged by chains behind their truck and left in parts along the roadway. And so the law is named for them but actually it preceded them. The efforts to pass a law like this preceded them by many years. One of the sticking points for any reasons that it took so long in its evolution was largely a political issue around including sexual orientation and gender identity in the law. That was particularly for the prior administration, the Bush administration which was reluctant, to say the least, to have a law that would protect folks on the basis of those identities (because they are gay or because they are transgender), and so it wasn't until President Obama was elected in 2009 that we were able to get that law passed. At the state level the law has been evolving for some time now. There are presently 45 states and the district of Columbia that have some form of a hate crime law (and, you know, one of the other differences with the state and the federal law and the way that works in the U.S. is obviously a bit different). To the initial question about what a hate crime law is: when I'm asked that question I generally say, "whatever the state law says it is, in certain states, some states have comprehensive laws that look very much like the federal law that includes sexual orientation, gender identity, race, disability, and so forth; other laws only include perhaps race, perhaps national origin but don't include the other categories." And then even what it takes to prove those...in the U.S. it's actually something of a misnomer to call them hate crimes because the laws don't really require a showing of hate. You don't have to prove that somebody hates black people or hates gay people. You don't have to provide that evidence. Most of the laws, although not exclusively, require that you show that a victim was targeted, that they were selected: "I picked you to beat up because of your race or because of your sexual orientation or your gender identity." And that's a bit different, and it's a bit different sort of evidentiary: you don't have to establish a long history of participation in a right-wing extremist

organisation. And frankly, it even means that if I am gay and I target someone who is gay because I think that that person is going to be weaker, because I think that they are going to not be inclined to go to law enforcement because they don't want to 'come out', and I pick that person to rob...that is under most state laws, not all of them but under most state laws it would be a hate crime because I selected my victim because of his sexual orientation. "I don't hate him, I'm gay myself", something like that, but I picked him because of his sexual orientation which, under most state laws, would be a hate crime. And so each of the states has their own laws except for five of them; and then there is the federal law, sort of as a backstop. And this was an issue, certainly in the 1960s, but continues to be an issue today when a state is either unable or unwilling to prosecute a case as a hate crime, the federal government can come in and 'help' (I use that term in both the sort of more literal way as well as a more figurative way). In certain states, back in the 1960s, when you had law enforcement... – Was 'Selma' here? 'Selma', the movie? – So there's a movie, 'Selma', about the civil rights movement, about Martin Luther King, and in that movie you see very clearly the ways in which local law enforcement participated in the racist violence against the community. And so, well, thank goodness, for the most part law enforcement do not engage in that same (at least not as overtly) in that same type of behaviour. Certainly, there are communities where the racial dynamics – but also around other issues around sexual orientation and gender identity – where law enforcement is reluctant to pursue hate crime charges, both the law enforcement and the prosecutors. And because of the Matthew Shepard and James Byrd Junior Hate Crimes Prevention Act, the federal government can come in and either help if they need actual resources (money and legal support), but also if they are unwilling to pursue those charges. The federal government can essentially take over and do that. And just by way of example, one of the things that ADL does is train law enforcement (and I do a good portion of that, specifically about hate crimes). And ADL has had the experience of talking to law enforcement officers. We often use scenarios and hypotheticals and talk about "if such and such happens, is it a hate crime", and sort of discuss with them. And I have had the experience of working with a group of rather senior level law enforcement officers who, when you give the scenario that a Cisgender (a man who is born and assigned male at birth; [Erklärung: a match between someone's assigned gender at birth and his/her personal identity]) picks up a transgender woman (who was assigned male at birth but has had a transition in one way or another), meets her online, takes her home and later learns that she is transgender and beats her to death. And this is not some made-up thing. These things actually have happened. They are based on real-life scenarios. The answer is supposed to be, "yes, of

course it's a hate crime. He would not have beaten her to death but for the fact that she is transgender." And I have had the fascinating and unfortunate experience of having this conversation and having a senior level law enforcement officer say, "I would have done the same thing." And so we take that moment to educate and so forth and help them work through that. But that's the reality of law enforcement and it's certainly not exclusive – and by no means do I want to suggest that that is the general sentiment of law enforcement in the U.S. – but it certainly exists out there and so it allows in those circumstances for the federal government to come in and to address those kinds of things.

Tim Aßmann: Herr Kusche, wir haben jetzt schon gehört, dass es auch eine Auslegungssache ist und unterschiedlich wahrgenommen wird, was mit mehr Hate-Crime-Gesetzgebung erreicht werden soll. Sie hatte eingangs auch gesagt, dass Sie die Hoffnung haben, dass sich dadurch dann bei den Strafverfolgungsbehörden etwas ändert. Jetzt hat gerade Joanna Perry ausgeführt, dass Sie das wissenschaftlich nicht bestätigen kann. Dass sich das so genau nicht sagen lässt. Gül Pinar hat hier den Opferschutz angesprochen und angeregt, man könnte das auch durch eine eigene Opferschutzregelung machen. Welche Bedeutung hätte es denn jetzt speziell für den Opferschutz, wenn man wirklich Hate-Crime-Gesetzgebung hätte? Und glauben Sie, dass die Strafverfolgungsbehörden vielleicht eben auch durch Handlungsanweisungen, wie sie im Raum stehen, zu einer anderen Praxis gebracht werden können?

Robert Kusche: Na ja, vielleicht noch mal ein Punkt dazu: Wir streiten ja in dem Punkt eher dafür, dass in dem Strafmaß, was ja vorgegeben wird oder was möglich ist bei einer Körperverletzung beispielsweise, dass dort quasi durch eine Hate-Crime-Legislation - es geht uns nicht um eine Strafverschärfung in dem Sinne, sondern um eine Präzisierung - die Richter und Richterinnen und die Staatsanwälte tatsächlich diese Sachen mit auf dem Tisch haben und das im Rahmen der Strafzumessung berücksichtigen können. Aber noch mal ein anderer Punkt aus unserer jetzigen Erfahrung, wo wir ja so ein Gesetz nicht haben, ist es tatsächlich so und das hat ja Frau Pinar auch schon gesagt, eigentlich ist es so, dass nur, wenn eine Nebenklagevertretung mit vor Ort ist und das ist auch nicht bei allen Deliktsarten der Fall, das ist nicht möglich, nur dann ist es für die Betroffenen möglich die Eigen-, also die Tatmotivation, die sie wahrgenommen haben, auch vor Gericht so darzulegen. Und ich glaube, das ist auch tatsächlich, da gebe ich für Frau Pinar völlig recht, das ist aus Sicht der Opferperspektive, der Betroffenenperspektive auch noch mal der wichtigere Ansatzpunkt. Zu

sagen nämlich, wir müssen, wenn es zu dem Gerichtsprozess kommt, muss die Perspektive der Betroffenen angemessen berücksichtigt werden. Und das kann vor allen Dingen, kann eventuell durch eine Opferschutzregelung passieren. Aber es passiert zurzeit vor allen Dingen dadurch, dass wir Nebenklageanwälte und Anwältinnen mit vor Ort haben, um diese Perspektive angemessen berücksichtigen zu können. Das ist tatsächlich sehr wichtig an dem Punkt.

Tim Aßmann: Ich möchte die Frage nach den Köpfen der Ermittlungsbeamten noch mal aufwerfen. Frau Pinar, wir haben ja nun den NSU-Prozess. Da ist ja Ähnliches passiert. Neun der zehn Morde wurde an Migranten verübt. Bei neun der zehn Morde wurde der fremdenfeindliche Hintergrund zumindestens nicht als zentraler Ermittlungsansatz verfolgt. Hätte denn da Hate-Crime-Gesetzgebung etwas geändert?

Gül Pinar: Ich möchte ganz kurz den Plan durcheinander bringen, weil ich halbwegs eine Verständnisfrage oder vielleicht auch ein Lichtblick habe, in Richtung Herrn Marnin. Heißt es in der US-amerikanischen Gesetzgebung, dass es so was gibt wie Körperverletzung, was wir kennen, fahrlässige Körperverletzung oder so, dass es ein spezielles Gesetz gibt, indem es heißt, wer als Fremdenfeindlicher eine Körperverletzung begeht, wird bestraft? Oder ist es tatsächlich auch wie bei unseren Überlegungen, eine Strafmaßüberlegung? Das ist für die Diskussion wichtig, finde ich. Das ist ja systematisch was ganz anderes in der Diskussion, das wir das vielleicht kurz vorab klären, wenn ich das darf.

Tim Aßmann: Aber na klar.

Seth Marnin: If I understand your question correctly (and I'm not entirely sure I do so I might ask for some help with this)...the way that hate-crime-laws work in the United States is: it's not because you're a racist. There are many racists all over who commit all kinds of crimes. And there's no heightened penalty if I rob your house if it has nothing to do with the fact that I'm white and you're African-American. If it was a crime of opportunity – I happen to see you leaving your home and you left the door open and I go in and take your things – even though I'm a racist, even though I have been a Klan member for my entire life, I'm part of the neo-Nazi party, whatever it is: It's obviously not a hate crime. I picked the house because you left the door open. However, if I target your house because you're African-American and you moved into my neighbourhood and I don't like black people and I want

black people out and I want to terrorise you, then that would likely be a hate crime and prosecuted as a hate crime. The way in which penalties work is different from law to law. It's generally a penalty enhancement, whether it's a specific period of time (an additional five years for example), or if there's more discretion for the court to increase the penalty by a percentage. It's really about trying to make the punishment fit the crime. And I think we all agree that because of the particular impact of a hate crime that it's a different kind of crime, and then the penalty should fit the crime. I just want to clarify one thing: when you asked the question earlier (that the laws don't change things with law enforcement), I just want to make the point that my presence in front of law enforcement, to be able to have these conversations, is as a result of hate crime laws; that those kinds of resources (to bring folks into educate law enforcement and the desire to have somebody come in, which is a different part of the conversation) is based largely on the fact that these hate crime laws exist. People are people, police are people, so there is still going to be racism and sexism and homophobia and all those other things, but the fact that they are even open to the idea that I am able to be there in front of people is because of hate crime laws.

Gül Pinar: Ich habe es verstanden, ich hatte doch keinen Lichtblick (Lachen). Weil, also wir sind ja Juristen, wir Juristen nehmen Sätze und subsumieren sie. Das heißt, wir packen oben was rein und unten muss dann aus dem Trichter was kommen und das muss dann irgendwie dem Gesetz irgendwie entsprechen und wenn es sowas gegeben hätte, wie zu sagen, es gibt unterschiedliche Körperverletzungsparagrafen, da ist eine einfache Körperverletzung und da dann die verschärfte, wenn bestimmte Gründe, sozusagen als Tatbestandsmerkmale, da aufgenommen werden, dann wäre das eine ganz andere Diskussion, aber das ist auch nicht die Diskussion, die wir dann führen mit der Hate-Crime-Gesetzgebung und das würde ja auch viel zu weit führen. Mit jeder Regierung und jeder politischen Couleur hätten wir ja ganz andere Körperverletzungsdelikte und die ersten, das schwöre ich ihnen, die jetzt kommen würden, wären mit islamistischem Hintergrund und gar nicht erst rassistisch. Aber, das ist eine ganz, ganz andere Diskussion.

Tim Aßmann: Also wollen Sie das Strafgesetzbuch doch umschreiben, Frau Pinar?

Gül Pinar: Nein, ich möchte jetzt auf ihre Frage deswegen zurückkommen. Also sind wir wieder bei den Köpfen und die Köpfe, die haben auch damals existiert, die haben auch existiert mit den Paragrafen 46 StGB, was ich vorhin gesagt habe und ich vertrete die

Hamburger Opferfamilie. In Hamburg hat das Landeskriminalamt jeden Stein umgedreht. Die haben sogar Wahrsager befragt, wer hinter den Taten stehen könnte, wirklich alles, die haben alles getan nur nicht nach rechts geschaut. Und wenn ich „nur“ sage, dann ist es ja fast sarkastisch, weil ich mein wer kann denn auf die Idee kommen, dass wenn neun Menschen tot sind, die alle nur das verbindet, dass sie Ausländer sind, dann kann man ja auch wirklich nicht erwarten, dass Strafverfolgungsbehörden auf die Idee kommen könnten, dass möglicherweise rassistische Motivation dahinter stecken könnte, nach zehn Jahren. Und schon gar nicht, wenn mehrere Zeugen sagen, das waren deutsche Täter, das habe ich doch gesehen. Und, man hätte wirklich nicht erwarten können [Ironie] und insofern, natürlich bin ich auch dafür, dass es, dass wir Gesetze kriegen, die diese Köpfe ändern, aber das tun wir nicht und davon bin ich überzeugt, indem wir die Systematik des Strafgesetzbuches ändern, weil es ist schon gut so, dass das allgemein verfasst ist, dass nicht jedes politische Couleur da irgendwas anderes rein tun kann. Am Ende entschuldigen wir uns, wenn irgendjemand sich angesprochen gefühlt hat. Bei den Veganern, die dann geschützt werden müssen, die dann – wir haben es verallgemeinert. Wir haben im Gesetz die Gesinnung, die aus der Tat spricht und da können wir auch was rein tun. Was wir ändern müssen ist tatsächlich die Ermittlungsarbeit. Wir müssen denen in die Hand geben, dass sie bestimmte Hintergründe erkennen und erkennen müssen und da sind wir wieder beim RiStBV [Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren] also bei den Handlungsanleitungen für Richter, für Staatsanwälte und Polizisten und bei den Fortbildungsmaßnahmen und da sind wir aber auch bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Druck auszuüben, was eigentlich Hate-Crime eigentlich ist und wer dann unter dieser Verallgemeinerung eben fällt.

Robert Kusche: Ganz kurz eine, eine Sache, ich glaube und das ist ja das Problem an dem aktuellen Entwurf so wie er vorliegt, dass er halt so schwammig ist, weil da steht gerade drin, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und dann gibt es so einen Auffangparagrafen, und zwar ‚sonstige menschenverachtende Motive‘ und da passt dann tatsächlich alles rein. Da passt der Polizist rein, da passt am Ende auch der Veganer oder die Veganerin rein. Und das ist ja das viel schlimmere, als wenn man tatsächlich ein geschlossenen Merkmalskatalog hat, der sich hier auch wissenschaftlich belegen lässt, dass halt nicht alles rein gehört, sondern dass es bestimmte Minderheiten gibt, die in Deutschland oder vielleicht auch international tatsächlich besonderen Risiken ausgesetzt sind, Opfer eines Hate-Crimes zu werden und wenn man das anerkennt - und das hat ja Joanna schon gesagt, dass es da Studien zu gibt - dann muss man die auch rein machen und ich glaube nicht, dass dieser Merkmalskatalog dann jedes Mal mit

Änderung der Bundesregierung wieder neu aufgemacht wird, weil, bis wir überhaupt jetzt dazu gekommen sind, gab es sieben Anläufe von vor allen Dingen ostdeutschen Bundesländern und jetzt sind wir gerade dabei, dass es zwar eine Vorlage gibt, die wieder glaube ich den Ausschuss zurückgegeben wurde und also auf Eis liegt, aber die ist tatsächlich sehr, sehr dünn.

Tim Abmann: Ich möchte es weitergeben an Joanna Perry. Joanna gesetzt den Fall sie säßen jetzt im Bundesministerium und müssten ein Gesetzentwurf schreiben, der ungefähr das, was wir jetzt gerade gehört haben und die Erfahrungswerte aus den USA auch noch zusammenbringt. Zum einen, wie würde der aussehen? Und dann schiebe ich noch eine Frage hinterher: Wir haben über den Punkt in den Köpfen gesprochen, was glauben sie nach ihren Erfahrungswerten in Europa, wie muss man Strafverfolgungsbehörden vielleicht auch schulen, damit der Punkt in den Köpfen dann doch ein anderer ist?

Joanna Perry: Well, you'll be happy to know that I have no plans to join the German Ministry of Justice. I'm sure they wouldn't have me. But thank you for this great question because I have noticed that many of you have taken a guide to hate crime laws which we left outside in the lobby (and which we have on our website). The discussions that you're having have been had in many countries throughout the European Union and the OSCE. There isn't one answer to each of these questions. What you have is a series of policy questions that you should consider, ideally not just the Ministry of Justice but the Ministry of Justice in partnership with affected communities, with prosecutors, with defence, with the judiciary – with all of the stakeholders whose job is to make these laws work and whose job is to raise awareness about the impact of hate crime. And the policy issues that we set out – almost as a step-by-step guide if you like – are things that we're talking about today. Which biased motivations? Well, if the evidence is showing that vegans are a particularly targeted group in Germany, then maybe – seriously – you might need to have vegans as a protected category. But Germany belongs to two quite small clubs: one is the club that doesn't have any hate crime laws (which is a very small club, especially in Europe; I think there are only two other countries that do not have hate crime laws), but the other one is that Germany actually has quite a good data collection system, quite a good police recording system. And your data is telling you that the most targeted grounds are racism, xenophobia, homophobia, disability. And then there's another other category that really people should be looking at and see what is in that category. I've been to the BKA, it's one of the most sophisticated data collection

systems I have ever seen in my life. You can look at 14 different categories in 16 different ways. So you have all the information you need that gives you the evidence basis for hate-crime-laws. So these questions of “no, you don’t want it so open that it’s actually unworkable, but you don’t want it so closed and then it doesn’t actually reflect what is actually happening – which you actually know because you have decent good data.” And not only do you have good – pretty good, official – data, you have very good NGO data, for example from Robert’s organisation, from the networks he set up. So the information that you need is there. So the other policy questions would be like, for example: should you have a substantive offence? Should you create a racially aggravated assault? Or should you take a broader perspective and maybe create a general sentencing enhancement they can apply to every single part of your criminal code? Looking at the data, you might find that actually there are a lot of racist physical assaults, and you want to mark those specific crimes particularly. And then you may also find that there is some evidence of criminal damage or property damage against places of worship in Germany, and so you may want to make that a specific offence. Then there are other types of offences that you may not need to recognise specifically. So these sorts of questions – should it be hate, should it be biased, should it be ‘because of’ – are questions that you should be considering at the national level. Our role is certainly not to tell you what the answers are. It’s to facilitate those considerations. And we are actually here. If we were invited by the Ministry of Justice we would be very happy to come and help you think through those questions. This is well-connected to your other point about minds. Can you get into the mind of the offender? Why did the offender do this? How do you prove motive? And actually, one of the quite unique things about hate crime and also hate crime laws and about implementing them is training around proving biased motivations. It’s one of the things that prosecutors struggle with the most. It is something we deal with in our training but I think that there are two things I want to point out about that: one is, yes, it can be technically difficult if there’s no evidence of biased motivation (what we might call bias indicators), no smoking gun that says, “I am a racist; that is why I did it.” You have to look at evidence around that. You as the experts in this room certainly have more expertise about that. It can be difficult. But the second issue is something that came up in the inquiry following the NSU killings. Unfortunately, it’s really about the barrier – at worst – about racism in the police and in the prosecution service. These prejudice attitudes at best, racism at worst, are one of the most serious barriers to recognising biased motivation. There’s a concept that applies throughout the OSCE region which is that minority communities who are most likely to be targeted by hate crime, they experience under-policing as victim communities and over-policing as

suspect communities and as defendants and as prisoners. This can sometimes be called institutional racism. This was a concept that was certainly used in the UK following the murder and then the inquiry into the Stephen Lawrence murder. In some ways, it was not a helpful concept, but actually what it talks about is the small actions that collectively add up to victims and minority communities not getting an equal service, not feeling protected by the law, and not getting justice. And I think that all of the pieces of the puzzle are here for you to move forward. One might argue that, “yes, hate crime legal frameworks are useful.” But there’s also this implementation point which is around very openly admitting that there are some real barriers to effectively investigating and prosecuting. Of course, by the way, we also do police and prosecutor training. So again, on invitation we’re very happy to help with that.

Tim Aßmann: Da habe ich jetzt aber doch noch mal eine Nachfrage, noch eine kurze Nachfrage: Es ist ja die, es steht ja im Raum: Braucht man um die Bereitschaft in den Köpfen zu ändern, Gesetze oder reichen Handlungsanweisungen? Wenn man jetzt, wenn sie sagen, sie haben Erfahrungen mit Training, ich habe Erfahrungen mit Staatsanwälten und Richtern in Deutschland und sie sind nicht unbedingt die kritikfähigste Berufsgruppe, die besonders leicht lernt, deswegen die Frage: Wie kann man da trainieren? (lachen)

Joanna Perry: Well, I don’t know if that laughter means that people agree with you or... I think police and prosecutors they are human beings like all of us. No one likes to be told that they hold prejudiced beliefs, that they are racist. I don’t think anyone in this room would like to think somehow that they may at one point have acted in a way that was not fair. I think that there are a number of things that can be done: one thing to be done much better is making the issue visible and actually engaging victim communities and NGOs who work directly with victims. I don’t know whether that is part of the structure in Germany but it seems that, in my personal opinion, there could be more done to make visible victims’ experiences in this area. There’s something very powerful about people whose job is to protect communities, to hear directly from communities about their experiences. Also, there are some people who... there are some occasions where – if there’s evidence that a police officer or prosecutor is racist and they are acting on these beliefs, they are acting in a discriminatory manner – there have to be things in place to address it professionally. I don’t know what the frameworks are like in Germany but I hope that there are those kinds of frameworks. And certainly, the final piece is giving professionals the tools because often the police will say, “okay, I know it’s a problem but I don’t know what to do. I don’t know what the evidence is that is going to convince the

prosecutor that, yes, we will take this forward.” Similarly, prosecutors will say, “I don’t know how to convince the court that, actually, this is not just this; it is this with an extra factor.” And so it’s about providing the space to have these discussions. I’m sure that ADL has some very good practical examples of doing that. But I think it’s a number of different things which everyone shares. I mean the police and prosecutors are made up of society and so this is an issue (we’ve heard the last day and a half) that affects the whole society and outside of Germany as well as inside of Germany, so we all have something to do to address these kinds of biases.

Tim Aßmann: Danke. Seth Marnin, wir haben vor der Veranstaltung darüber gesprochen, welche Erfahrungen amerikanische Staatsanwälte, Richter auch Ermittlungsbeamte gemacht haben mit der Einführung der Hate-Crimes. Sie haben jetzt auch hier auf der Bühne wieder wahrgenommen, dass es bei der deutschen Justiz eine gewisse Skepsis, um es mal so auszudrücken, gegenüber einer solchen Gesetzgebung gibt. Gibt es diese Skepsis in den USA jetzt auch noch?

Seth Marnin: It’s interesting because the kind of scepticism that we have seen more of in the United States is not necessarily from law enforcement or from the attorneys or the judges. And interestingly, this coalition (that ADL led the charge over these years to get the Matthew Shepard and James Byrd Junior Hate Crimes Prevention Act) was a rather unique coalition in that not only civil rights organisations but also law enforcement, chiefs of police, legal associations, and so forth were behind it. The areas that there was resistance or disagreement came in, I would say, two areas or two buckets of people: one, under sort of more conservative (and I’m not sure that that word is necessarily going to mean the same thing here than in the States): the folks who didn’t want include things like sexual orientation and gender identity in particular; folks who frame these laws much like anti-discrimination laws as special rights (that it was special for the people). The one really interesting thing is that I’m hearing as we talk about this – when we talk about xenophobia and racism and so forth – those aren’t words that we use when we talk about hate crimes. We talk about the categories of the people, of the victims. It’s about race and we all have a race. If I target you because you’re white that’s still a hate crime. I don’t have to be racist. So there are those folks who categorise in that way. And on the other end of things there are folks who are very critical of the criminal justice system in general, some of the over-policing, under-serving kinds of issues where, if you’re paying attention, if the police are paying attention to a specific group

or a specific neighbourhood, if you watch people closely enough somebody is going to do something, and if you're there to watch them you're going to arrest them. And then you're ignoring different people and a different part of the community doing exactly the same thing, and so the folks who tend to be racial justice advocates who are very critical of the criminal justice system in general are often critical of the imposition of more time (a heightened penalty). For those kinds of reasons – not so much because they don't think that people are being targeted because of their race and so forth – but just the larger criticism of the criminal justice system, what they would describe as the prison industrial complex (i.e. that the government essentially makes money by imprisoning people in some way). But I want to just briefly go back to some of the things that you were talking about in the biasing, and I think I have mentioned this before, police, attorneys, judges are all people. I think we can have a consensus on that no matter who we are talking to. We all have what we've been calling implicit bias – that it's not an intentional thing that I go in and say, "I'm going to be biased in this way", but it's just by virtue of growing up in a society. We are fed all kinds of information and we receive all kinds of messages so that we've sort of accepted it. It takes actually a lot of work to think critically about those things and some of us have had, frankly, the luxury and the privilege to be able to do that, whether through education or experiences. But certainly not everybody has had those opportunities or inclinations to do that. And certainly, in recent events over the last year – in grand jury decisions in Ferguson (in Missouri) and then in New York in the Garner grand jury decision not to prosecute – there have been lots and lots of conversations about implicit bias. I have actually worked in an area in New York with the law enforcement agency where the federal government came in because of a botched hate crimes prosecution. First we spent a lot of time doing hate crimes training and realised that what we're really talking about is implicit bias. You can give people all of the information about hate crime laws and about how they work and what the law says and what to look for for evidence and, you know, if people use these words or those words or whatever the case may be, and then also distinguishing that you can use... We often use the example of the parking space. There's somebody who is parked and pulling out and two cars pull up and want to take that space, and one person sneaks in (you probably have had this experience for those who drive) and the other person is really angry that that person took their spot. When that person jumps out of the car and starts yelling racial epithets at somebody and then throws something at their car or throws something at them or hits them, that's actually not likely a hate crime because it's about the parking spot. And so we're helping law enforcement understand those differences as well. However, if you don't address the implicit

bias and the repercussions from that (kind of all of the work that you're doing around hate crimes not for nothing), in terms of changing the minds particularly of the law enforcement officers, it leaves a gap and I think it's an important gap that is filled because it makes the laws that much more effective. And also, one of the benefits of the laws in addition to communicating the values of a community – whether it's the state or the federal government – one of the things that it also creates is the opportunity for law enforcement to reach out to the communities that are most often targeted, and to develop relationships so that folks in those communities feel more comfortable coming to law enforcement. And if you haven't addressed implicit bias it makes those relationships harder to develop. I think all of these pieces work together to ultimately – and to be very clear, I don't think that hate crime law is going to change the hearts and minds of the Klan members in the south or the neo-Nazis – it's not. But it's going to change the hearts and minds of law enforcement officers, lawyers, judges, and even the communities that are targeted and their feelings about their relationship with the state, with the government and law enforcement.

Tim Abmann: Gül Pinar, das war ja jetzt eigentlich kein Statement für eine Handlungsanweisung, sondern das war ja irgendwie eher ein Plädoyer dafür: erst das Gesetz und dann kommt der Kopf.

Gül Pinar: Ich sitze hier und werde auch immer unruhiger, weil ich das einfach so auch nicht stehen lassen kann, dass wir keine Hate-Crime-Gesetzgebung haben. Wir haben im Strafgesetzbuch zwei unterschiedliche Bereiche, die ich darunter fassen würde. Einmal die speziellen Gesetze gegen solche Straftaten, die mit explizit rassistischem Hintergrund begangen werden, ebenso wie das Verbreiten von Propagandamitteln Paragraf 80 im Strafgesetzbuch oder das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisation oder Volksverhetzungen. Da ist unser Strafgesetzbuch wirklich einmalig. Dann haben Gesetze, die auch auf solche Motivationen bezogen werden können, nämlich zum Beispiel Mord. Und bei Mord, da muss man gar nicht in die Strafzumessung gehen, weil da gibt es sowieso lebenslänglich, aber einer der Gründe, weshalb man wegen Mordes verurteilt werden kann, sind niedrige Beweggründe. Und unter niedrige Beweggründe fallen natürlich auch solche Beweggründe und vielleicht haben wir einfach auch eine unterschiedliche Rechtstradition wie wir mit bestimmten Rechtsbegriffen umgehen. Beim Mord, kann ich das relativ leicht erläutern. In den 70er, 80er Jahren zum Beispiel, wenn türkische Familien Mädchen umgebracht haben, die ohne väterliche Erlaubnis mit einem Jungen ausgegangen

und dann von Brüdern getötet worden sind, wurden die Brüder nicht wegen Mordes verurteilt, weil die niedrigen Beweggründe nicht gesehen worden sind. Das hat sich im Rahmen der feministischen Bewegung in Deutschland und im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Diskussion auch entwickelt und inzwischen werden solche Täter wegen Mordes verurteilt, weil es natürlich ein niedriger Beweggrund ist. Egal was für eine Herkunft eben dieser junge Mann hatte und das traue ich unserer Rechtstradition zu, dass wir natürlich mit zivilgesellschaftlichen Diskussion solche Begriffe, die wir ja auch in unserer Gesetzgebung haben, auch füllen werden und auch füllen. Nicht umsonst sitzen wir jetzt hier und auch im NSU-Prozess und anderen Prozessen, wo dann jetzt tatsächlich solche Diskussionen auch reinkommen, zu sagen: Was sind eigentlich Körperverletzungen mit einem rassistischen Hintergrund und ist es dann strafscharfend zu berücksichtigen usw.? Da haben wir eine Tradition: Unsere Gesetze werden ausgelegt durch die Gerichte und dann haben wir Kommentatoren, die da das niederschreiben. Ich vertraue darauf, dass diese allgemein gefassten Begriffe unserer Gesetzgebung das eben füllen werden. Deswegen lasse ich es nicht stehen, dass wir es nicht haben.

Tim Aßmann: Robert Kusche wirkt da skeptisch. Bevor wir in die Fragerunde gehen: Eigentlich ist ja alles da bei Frau Pinar.

Robert Kusche: Na ja, ich bin halt aus, aus der Erfahrung meiner Arbeit da sehr, sehr pessimistisch, weil wir halt die Erfahrungen machen und das belegen auch Studien, dass genau das halt nicht stattfindet. Also die niedrigen Beweggründe sind ja eh nur bei Mordstraftaten relevant und jetzt nicht bei der Körperverletzung und auch nicht bei der gefährlichen Körperverletzung und wenn man bei niedrigen Beweggründen ist, müsste man ja auch noch mal darüber nachdenken woher kommt das eigentlich geschichtlich, das ist auch noch mal eine ganz andere Geschichte. Aber ich glaube, das Problem, was ich sehe oder was wir in unserer Arbeit sehen ist, dass es tatsächlich nicht angewandt wird, warum auch immer. Also Richter, Richterinnen, Staatsanwälte scheuen sich davor die Tatmotivation beim Namen zu nennen. Das ist eine Erfahrung, die wir ja auch schon seit Jahrzehnten machen. Wenn wir in ganz anderen Bereiche gehen, nämlich in Kommunen, wo Bürgermeister tatsächlich in der Regel das Wort Rassismus nicht in den Mund nehmen können, weil sie dann Angst haben, wenn sie dieses Wort sagen, dass dann ihre ganze Gemeinde plötzlich als rassistisch stigmatisiert wird. Das heißt, es findet nicht statt und das ist ein Problem für die Betroffenen, weil dann oftmals für die Betroffenen tatsächlich eine rege Viktimisierung wieder stattfindet,

weil sie das Gefühl haben, dass das Motiv nicht anerkannt wird und sie am Ende selbst vielleicht Schuld gewesen sind oder eine Mitschuld an der Tat hatten. Und ich glaube das ist der Punkt, den wir da setzen und ich glaube wir sind in den einzelnen Sachen gar nicht so weit auseinander. Ich glaube bloß, dass es am Ende besser ist das beim Namen zu nennen und auch aufzuzählen, was man darunter versteht, als wenn man es nicht macht.

Tim Abmann: Danke. So jetzt möchte ich das Podium erweitern sozusagen, um Ihnen die Möglichkeit geben hier Fragen zu stellen. Ich schaue mal ganz kurz, ob denn schon Mikrofone verfügbar sind, die man weitergeben kann. Okay. Wir teilen uns die jetzt. Ich würde sie nur bitten, bevor sie Fragen stellen, sich zum einen kurz vorzustellen und vor allem auch gleich vor der Frage deutlich zu machen, wen sie ansprechen. Denn wir haben ja hier auch die Übersetzungsproblematik und dann können die Angesprochenen sich schon mal drauf einstellen. Also gibt es denn Fragen aus der Runde? Hier vorne ist der Herr?

Alain David (Publikum): Danke. Ich heiße Alain David, ich komme aus Frankreich. Ich stelle die Ligue internationale Contre le Racisme et l'Antisémitisme vor. Ich werde eine Frage stellen für alle. (Lachen) Aber auf Deutsch, wenn ich das machen darf. Ich gehe von dem Punkt her, dass eine Bemerkung von Machiavelli lautet, dass Hass jenseits jeder Politik ist. Hass verbietet jede Politik. Weshalb? Weil Hass stärker als Angst ist und ohne die Angst ist keine Politik zu denken. Das heißt, dass nicht weiter gehe, das heißt, dass die Angst keine psychologische, keine soziologische egal was Auffassung ist, sondern eine politische also eine politische Bedeutung hat. Heidegger sagt, Angst ist eine Existenziale, eine existenziale Bestimmung. Die Hauptstimmung der Angst sagt er. Wir sind auf einem Bereich: Ein grenzender Rechtsextremismus ist unbegrenzt und sofort werde ich auf die Auffassung anknüpfen auf die, auf die Auffassung Völkermord, Verbrechen gegen die Mensch, die Menschheit. Diese Wörter sind, sofern ich richtig verstanden haben, nicht ausgesprochen haben worden und es ist meine Frage jetzt. Sind wir nicht mit dieser Auffassung Hate-Crimes auf der Ebene auf derselben Ebene wie man in, wie man von Genozid, von Völkermord, von Verbrechen gegen die Menschheit spricht, diese Verbrechen sind juristisch, ich bin kein Jurist, juristisch gemeint sind unbeschreibbar?

Einwurf: Unbeschreiblich.

Alain David: Unbeschreiblich, das heißt, dass sie jeder juristische Grenzen jenseits juristischer Grenzen sind, sind wir nicht mit dieser Diskussion sofort auf dieser Ebene, auf dieser theoretischen und praktischen Ebene, das ist meine Frage.

Tim Aßmann: Frau Pinar möchte antworten.

Gül Pinar: Ich glaube, dass das tatsächlich die Schwierigkeit ist, abzugrenzen, was sind eigentlich die speziellen Gesetze wie Völkermord? Was Sie eben versucht haben zu unterscheiden: Wir haben Gesetzgebung, die speziell das penalisieren, was eben mit rassistischem Hintergrund begangen wird, mit Unterdrückungsabsicht begangen wird. Dafür haben wir ja speziell etwas, das müssen wir gar nicht so genau diskutieren, weil das haben wir kodifiziert. Die Frage ist nur, bei den, und deswegen diskutieren wir das so verallgemeinernd, bei den Paragrafen und Gesetzgebungen, wo das nicht explizit ist, wo das von jedermann gegen jedermann begangen werden kann, aber ob wir dann kodifizieren müssen, dass da drin eben bestimmte Spezialisierungsmerkmale aufgenommen werden? Das ist die Diskussion, wir müssen ja nicht diskutieren, ob Völkermord kodifiziert werden muss, war das nicht ihre Frage?

Alain David: Ich habe das Gefühl gehabt, dass die Diskussion, die schwierige Diskussion, die sie gehabt haben und sie kann nicht genau entscheiden über das Zutreffen der Auffassung Hate-Crimes. Wir, wir sind, das wollte ich meinen, das meinte ich, wir sind auf derselben Ebene. So dünkt das mich. Wir sind auf derselben Ebene, wie wenn man von Genozid, Völkermord und Verbrechen gegen den die Menschheit gesprochen hat. Also die Schwierigkeit ist mit dem, mit der Einführung des Worts Hate - was ist das für ein Wort? Was ist das für ein Begriff? Ist das ein psychologischer Begriff? Nein. Das trifft die Politik und das war meine Frage und das ist eher eine theoretische Frage.

Robert Kusche: Ich glaube, da können wir alle was zu sagen. Ich würde gar nicht so auf die Geschichte eingehen, das ist, glaube ich, im amerikanischen Raum wahrscheinlich noch mal spannender. Aber wir reden eigentlich auch lieber von Bias-Crimes als von Hate-Crimes, weil es geht ja um die Vorurteilsmotivation, die dahinter steht und dann wird es auch noch mal ein bisschen klarer, dass es eigentlich nicht um die Emotionen geht, sondern dass es tatsächliche Tatbestandsmerkmale sind.

Gül Pinar: Wirtschaftskriminalität hatten wir gesagt.

Seth Marnin: I would just add to it. I mentioned earlier that I think that calling it a hate crime is actually something of a misnomer. It's not the best word for it. It's the word we have, it's how we talk about it but it's not – at least in the American context, in the U.S. context – none of the laws require hate. It doesn't require that you define hate, that you express hate. The prosecutor needs to prove that you picked your victim because of their race, because of their sexual orientation. There's no... You don't have to... I think like I said it before: in New York the hate crime law includes age. Not all of the states include age and there are states that have vulnerable victim statutes: so if you attack a child or an older person or something, that would fall in that category. In New York, age is included in the hate crime category and so there have been cases that have been prosecuted to frauding older people (you send an e-mail saying, "well, if you just give me your account numbers then I can do these transactions for you", and then steal money from them). So there's no animosity particularly demonstrated – all of us will get old. So it's not like a personal "I hate old people" so much as "I can take advantage of this person. I'm going to pick this person because I think I can exploit them in this particular way." And because of my choosing the person based on their age, under the New York law that's a hate crime. It's not true of all states, and there's lots of room for discussion beyond this about whether that's good or bad or was that really the intention. But I think that talking... It's a complicated thing. It's the word that we have been using and to change it at this point would be very complicated, but I don't think it really captures the kinds of things that we're talking about. And in a certain way what you're describing highlights that.

Joanna Perry: I agree with everything that's been said. I think that hate crime is not just a legal concept. It's an academic concept, it's an activism concept, it's a policy concept, and it's an international concept. And each person in those different groups might have a different answer to this question or a different perspective. The OSCE has offered a definition of hate crime which is 'a criminal offence committed with a bias motivation.' Now what's interesting about that is that actually it excludes hate speech. In many European countries hate speech would be very quickly, as you were saying, considered hate crime. However, at the international level (bearing in mind all of our participating states which also include the U.S. and others which may have an issue with that), we separate out hate speech and discrimination from our definition. So there isn't a single answer which is why I think it's

very important these conversations are had at the national level. Questions about what model should you take – should you take what is called the ‘hostility model’ which is where evidence of hostility or even hatred is necessary to prove a hate crime; should you take what is called the ‘discrimination model’ which is the sentence matching ‘because of’...there are pros and cons to both of them. But just to give a victim perspective here: I think that some victim communities actually feel hated at times and one of the reasons is because they are repeatedly targeted. So their daily experience is to be repeatedly targeted and it feels like hatred. So whether or not the offender himself hates the victim – he may say, “Oh, I just did it because they are an easy target”, or “I normally like disabled people, I mean I don’t hate them” – the disabled person who gets targeted all the time and gets called a ‘mong’ or something very rude, very cruel about his physical appearance, if he gets called that every day, do you think he might feel hated? So I think that, again, in this concept, as we’re talking, you have to think about the perspective we’re speaking of. We’re very much talking about it from the policymaker and the legal side and the prosecution and police side, but let’s think about another side. So sometimes I change my mind, depending on my perspective. Sometimes I think hate crime is actually quite a good label and it’s something that we should all be talking about from my different perspectives.

Tim Aßmann: Da drüben am Rand war eine Frage.

Miriam Attias (Publikum): Yes. Thank you. My name is Miriam Attias. I come from Finland and as my work I do restorative community mediation. So I wanted to ask you: in the U.S. and in the UK, do you have any restorative justice practices or mediation of hate crimes or discrimination? Because you talked about implicit bias and I think it’s always very useful, both for the victim and for the one who does it to understand better what happened because it can also decrease the victimisation.

Tim Aßmann: It goes to both of you but maybe Seth can [start]...

Seth Marnin: In the U.S. we do have a bit. It’s not always embraced wholeheartedly across the board but it certainly exists, particularly with younger offenders. Again, depending on the circumstances (the situation and the offence committed and so forth), there are efforts to remediate an offender rather than lock them up. Ideally obviously within prisons – whether it happens or not is another conversation – there are certainly efforts there as well. In the

discrimination context it's a bit different but in the hate crimes/in the criminal context there is a bit of it. There could be more. But because of the lack of consensus about the appropriateness of it, I think it's a long way off.

Joanna Perry: Yes, I'd agree with that. There's an interesting study by Paul Iganski, you may have seen it, where he did an international study of restorative justice programmes on hate crime, and I think he found about five, and it was international, beyond the usual suspects. I think that this is an area...because obviously the principle of restorative justice (where the offender actually understands the harm he caused), is extremely powerful and relevant in this area. I think that one of the issues with hate crime is that its roots are in countries, including the UK and the United States, which you might say have a more retributive approach to punishment, retribution, as opposed to...and I think Europe has a lot to offer when it comes to developing restorative approaches to these sorts of offences. It's not just about extra punishment, that's not what the hate crime model should be about. It's not just the court recognising the harm caused. It's the court prescribing effective interventions, isn't it? – Which is yet another reason to make hate crime laws visible, and to be creative about the types of responses that actually work, and for us to do more research about those responses. When I used to work in the Crime Prosecution Service in the UK, [and] I think it's still their policy to not use restorative justice when it comes to hate crime, and it's sort of connected to that policy on domestic violence. Obviously there are issues about bringing together offenders and victims of these sorts of offences. But that doesn't mean we can't be more creative. I think that's an area that is really important to look at, and it could be something that's part of the debate in Germany if you do move forward in this area.

Tim Abmann: Ist da Handlungsbedarf?

Robert Kusche: Na ja, ich glaube in Deutschland nennt man das glaube ich Täter-Opfer-Ausgleich am ehesten und nach den zehn Jahren, wo wir Beratungsarbeit machen, muss man vielleicht noch mal das Bewusstsein schärfen, wie wir Beratungsarbeit machen: Wir haben ein Angebot, wo wir die Betroffenen begleiten durch den gesamten Prozess also wir gehen mit denen zur Polizei, zur Staatsanwaltschaft, begleiten sie auch während des Prozesses und machen auch Gesprächsangebote, um die Erfahrung zu verarbeiten. Und ein Täter-Opfer-Ausgleich wird oftmals angebracht vor allen Dingen von den Verteidigern der, des Angeklagten. Also das ist zum Teil zumindest die Wahrnehmung bei uns oder so ist es oft

gewesen, um auch noch mal ein Stück weit zu erreichen, dass eine Strafmilderung möglich ist. Ich finde, prinzipiell sind wir dafür offen, aber wenn wir das dann besprechen mit den Betroffenen ist es ganz oft so, dass sie das eigentlich nicht wollen. Und in den zehn Jahren, hatten wir glaube ich drei Fälle von Täter-Opfer-Ausgleich und der letzte, der ist gar nicht so lange her. Das war auch ganz schwierig zu organisieren am Ende. Zwar gibt es da eine Regelstruktur, die sich darum kümmert in Deutschland, aber ich glaube, der Betroffene hat uns danach gesagt, na ja, das hätte er sich jetzt auch sparen können. Aber ich glaube schon, dass es da theoretisch schon möglich ist, dafür noch mal auch über den Täter eine Sensibilität herzustellen, was diese Tat bei den Betroffenen bewirken kann. Aber das findet meines Erachtens sehr selten statt, zumindest in unserem Bereich.

Gül Pinar: Das kann ich bestätigen. In dem Bereich findet das so gut wie überhaupt nicht statt. Es passt auch nicht. Also ein Botschaftsverbrechen betrifft ja auch nicht die einzelne Person und die Person leidet ja auch nicht, weil sie als Person X angegriffen worden ist, sondern weil sie angegriffen wurde, weil sie so ist, wie sie ist. Und das kann man mit Täter-Opfer-Ausgleich gar nicht aus der Welt schaffen und im Grunde müsste eine gute Opfervertretung auch darauf hinwirken, weil es für Opfer ja auch sehr wichtig ist, sich mit den Tätern auseinanderzusetzen, um, ja um eine Aufarbeitung hinzubekommen und deswegen passiert das nicht nur von den Verteidigern, aber unser Institut passt da nicht, wir haben es nicht so wirklich.

Tim Abmann: Dann schaue ich noch mal in die Runde. Hat noch jemand Fragen? Da in der Mitte bitte.

Mohamad Gintasi: Vielen Dank. Gintasi Mohamad von Sozial Gate Düsseldorf. Hier wurde von Botschaftsverbrechen gesprochen. Meine Frage ist: Gibt es auch andersrum auch eine Botschaft? Weil sie haben ja von 20 Prozent gesprochen. Gibt es da ihrer Meinung nach auch eine Botschaft an diejenigen, die das machen, weil man redet ja von Bekämpfung. Gibt es Gerichte, die dem Staat auch ein Signal und eine Botschaft an diese Menschen richten, was mit ihnen passieren wird, wenn sie es machen? Und jetzt auch im NSU-Prozess, gibt es da auch Signale? Eine Botschaft? Eine umgekehrte Botschaft?

Gül Pinar: Nein! Es tut mir leid. Es ist die klare und ehrliche Antwort: Nein! Und nach wie vor ist die deutsche Justiz auf dem rechten Auge blind, ja ist so.

Robert Kusche: Ja, andersrum gesehen ist es natürlich eine Botschaft. Und es geht ja sogar noch weiter. Also, es wird ja sehr viel von Weiterbildung und Schulung gesprochen. Es ist ja nicht so, dass es diese Ansätze und Angebote schon gab, aber da reinzukommen ist, das ist quasi ein closed job. Also was Staatsanwälte und Richtervereinigungen dort machen, das ist ganz, ganz schwierig, dort vor allen Dingen von NGO-Seite zumindestens Weiterbildungsmaßnahmen zu dem Thema unterzubringen. Und es ist natürlich eine klare Botschaft von den Gerichten und das wird zumindest ja jetzt auch mal aus der Betroffenenperspektive diskutiert. Das wird ganz oft auch so wahrgenommen und deswegen ist, glaube ich, tatsächlich auch die, also die Unterstützungsarbeit von uns und auch vielen Unterstützern, die die dann zu solchen Prozessen gehen, mit hingehen, total wichtig, weil, wenn der Prozesssaal denn voll ist mit Leuten, die den Betroffenen signalisieren „hey wir stehen hinter dir, wir haben verstanden, dass es hier nicht um deine individuelle Person geht, sondern um deine Herkunft beispielsweise“, dann ist das eine Unterstützung und auch ein klares Zeichen.

Tim Aßmann: Natürlich, gerne.

Gül Pinar: Ich würde gerne noch ein Beispiel nehmen, weil es mein Verteidigerherz bluten lässt immer wieder, weil ich die Strafverfolgerin schlecht hin werde in diesem NSU-Prozess. Wir haben seit einem Jahr hören wir Szenen-Zeugen, die sogenannten Zeugen aus der rechten Szene. Die spazieren reihenweise herein, sind unverschämt bis zum Geht-nicht-mehr, lügen bis sich die Balken biegen und es ist noch kein einziges Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Keiner von denen hat auch nur eine einzige Nacht in der Zelle verbracht, um darüber nachzudenken, ob er vielleicht lügt oder nicht. In allen anderen ähnlich gelagerten Verfahren sind Leute reihenweise in Beugehaft gesteckt worden und ich bin sogar soweit gegangen in diesem Verfahren, dies zu beantragen, wofür ich mich fast schäme, dass man als Verteidiger eigentlich sowas beantragt, aber das geht doch nicht, dass man so ein öffentliches Verfahren macht und Faschisten dahinkommen, offensichtlich lügen, nett behandelt werden und wieder nach Hause geschickt werden. (Beifall)

Tim Aßmann: Dazu kann ich ergänzend die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft München I in dieser Sache beisteuern, dass man sich mit allen möglichen Falschaussagen im NSU-Prozess, wenn überhaupt dann erst befasst, wenn der Prozess um ist, denn vorher kann man ja

nicht beurteilen, ob die falsch waren. Ich danke hiermit. Frage aber noch einmal: Gibt es noch eine Frage? Ja? Ja hier drüben, gerne.

Thies Marsen: Hallo, Thies Marsen vom Bayrischen Rundfunk. Ich habe mich vorhin auch mit jemanden unterhalten über Hate-Crimes am Beispiel Ungarn und dort wurde mir dann gesagt in Ungarn hätte man eine hervorragende Hate-Crime-Gesetzgebung, aber die Umsetzung schaut so aus, dass nur dort solche Sachen verfolgt werden, wenn zum Beispiel Roma, die sogenannten weißen Ungarn angreifen. Also, dass die, dass die eigentliche Intension völlig umgedreht wird. Die Frage ist, vielleicht an die internationalen Gäste: Gibt es ähnliche Erfahrungen auch aus anderen Ländern? Und zum anderen: wie kann man dem denn vorbeugen? Weil das wäre ja völlig kontraproduktiv, wenn das ganze so läuft.

Joanna Perry: I'm not an expert on Hungary and I'm not going to give a specific opinion. But I think, that's what I was saying before, laws can stay on the books but they need actual implementation. They need frameworks for implementation. That involves training; that involves challenging prejudice attitudes, discriminatory police behaviour, and the same with prosecution. So, it's all very well to have a hate crime law but what needs to happen next is what we've already said without repeating it. But it's not uncommon across the OSCE region. That is a problem. I think that when we're talking about the frameworks that need to underpin legislation or implement legislation, they should be based on the principle that the evidence shows that it's more likely that it is minority groups that are victims of hate crime and not perpetrators. Obviously, the way that hate crime laws are drafted, as Seth was saying, if it's just on the grounds of race, then of course you can prosecute a case where it is found that the offender who may be white – sorry, the offender who is from an ethnic minority – has attacked a majority could be a hate crime. That's true. But when we look at the debate around laws, and why they were passed, and what was said while they were being passed, and what NGOs were submitting as part of evidence, it's very clear that the purpose of hate crime laws is to mainly target these types of crimes that are against minority groups. This is a big part of the training that we would do. Also, when you're developing hate crime laws this is what should be dealt with.

Seth Marnin: I would just add that in the United States, both under anti-discrimination laws (like in work place accommodation and so forth) as well as hate crimes, some of the first cases where – somewhat ironically – the victim was white and the discrimination of a white

man was the issue, and I think that particularly in the context of the U.S. there's a deep aversion to treating people in a special way, for good or for ill; that having these categories framed this way would be the only way to do it in the States, that it would actually not have worked any other way. But with that said I am not sure...statistically, it's very clear that the overwhelming number of hate crimes are against minority communities, against lesbian and transgender folks, within the religious context (the Jewish community is by far targeted more often than others) – and so the numbers bear out the reality. It didn't end up being only white people, Protestant or Catholic, who were targeted. That's not what's actually happening on the ground. And frankly, if someone is targeted because they are white or because they are Catholic or Protestant or male or whatever, then they should be prosecuted as such. I wouldn't say that it should be any other way. But it wouldn't have worked out if it happened.

Robert Kusche: Ich glaube auch, dass ein Hate-Crime Gesetz nicht das Ende der Fahnenstange ist. Also selbst wenn man das hat, bedarf es einerseits fitter Anwälte, so wie Sie, damit es sozusagen auch genutzt wird und andererseits bedarf es natürlich auch NGOs, die einerseits Monitoring weiterhin machen und als Stock quasi da sind und weiterhin Druck in dem Bereich aufbauen, weil sonst wird das beste Gesetz nicht mit Leben erfüllt.

Gül Pinar: Ich fühle mich bestätigt darin, dass ich die Generalklausel, die in unserer Gesetzgebung drin ist so hoch halte und sage, dass die Zivilgesellschaft gefordert ist, diese Generalklausel eben auszufüllen. Eine Gesinnung, die aus der Tat spricht, eben das befähigt dazu strafscharfend zu sein.

Tim Abmann: Das war jetzt quasi schon mal, denn alle waren auch beteiligt, so eine Art Abschlussrunde. Ich nehme mit, dass hoffentlich Botschaften von diesem Podium aus ins Bundesjustizministerium gelangen, von dem wir ja momentan eigentlich bezüglich des Gesetzentwurfes, über den wir hier gerade geredet haben, gar nichts hören. Außerdem hat Joanna Perry ein Angebot abgegeben, auch das kann ja ankommen. Ich danke ihnen allen fürs Zuhören und ich danke vor allem den vier Diskutanten fürs Dabeisein, für die Antworten und wünsche ihnen allen noch einen schönen Nachmittag und ja, kommen sie gut nach Hause, dankeschön. (Beifall)

Biographische Angaben:

Joanna Perry ist seit Januar 2011 Referentin für Hate Crime im Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODHIR) der OSZE. Zuvor war sie für die Strafverfolgungspolitik bei Victim Support in Großbritannien verantwortlich und arbeitete für den Crown Prosecution Service. Sie studierte in Bristol und London, ist Dozentin am Birkbeck College der University of London und hat den Ko-Vorsitz des internationalen Netzwerkes für Hate Studies.

Gül Pinar ist Rechtsanwältin und Fachanwältin für Strafrecht in Hamburg. Sie hat als Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung Rechtswissenschaften in Hamburg studiert und dort auch ihr zweites Staatsexamen abgelegt. Sie ist Mitglied des Strafrechtausschusses des Deutschen Anwaltvereins (DAV).

Seth Marnin ist stellvertretender Direktor der Abteilung für Rechtsangelegenheiten und des regionalen Bürgerrechtsrates der Anti-Defamation League in New York City. Bis zur Aufnahme seiner heutigen Tätigkeit, arbeitete er fünf Jahre in einer Anwaltskanzlei in New York City und war fast 15 Jahre als Hochschullehrer tätig. Sein Studium absolvierte er an der University at Albany und an der School of Law der University of Connecticut. Er ist Autor von zahlreichen Amicus-Curiae-Schriftsätzen für Berufungsgerichte und den obersten Gerichtshof.

Robert Kusche ist Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt radikale Rechte und Hate Crimes in Osteuropa. Er studierte in Berlin, Dresden, Moskau und Birmingham. Heute leitet er als Geschäftsführer die sächsischen Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. Zuvor war er beim Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) sowie bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) tätig. Verschiedene Veröffentlichungen zum Thema.

Tim Abmann ist Politikredakteur für den Bayerischen Rundfunk (BR). Vor seiner Anstellung beim BR 2001, war er beim dpa-Landesdienst Bayern. Sein Aufgabenbereich liegt in der aktuellen Berichterstattung für die Hörfunkprogramme des BR und der ARD. Seine thematischen Schwerpunkte sind: Innere Sicherheit, Justiz, Bundeswehr und Rüstungsexportpolitik. Er berichtete über die NS-Prozesse gegen John Demjanjuk und Otto Scheungraber, ist seit 2013 stellvertretender Leiter des ARD-Reporterpools beim NSU-Prozess und Co-Autor des BR-Hörfunk-Features „Viele Fragen, wenige Antworten – Die mühsame Aufarbeitung rechten Terrors“.